

„Waffenlieferungen sind jetzt das A und O“

Bundespolitik Die Abgeordneten Stephan Thomae (FDP) und Stephan Stracke (CSU) haben eine klare Vorstellung von Deutschlands Rolle im Ukraine-Krieg. Wie sie in Zeiten hoher Energiekosten die Verbraucher entlasten wollen.

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sind zunehmend auch im Allgäu zu spüren. Nun haben Russlanddeutsche mit einem Autokorso und russischen Flaggen protestiert, weil sie wegen des Kriegs angeblich diskriminiert werden. Dabei soll auch Sympathie für Putin bekundet worden sein. Muss unsere Gesellschaft das aushalten?

Thomae: Die Frage ist, ob das noch als freie Meinungsäußerung zu bewerten ist. Die öffentliche Billigung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist eine Straftat. Polizei und Staatsanwaltschaft sollten ein waches Auge darauf haben, ob diese Grenze überschritten ist. Man muss aber auch sehen, dass nicht alle Russen unsere Feinde sind. Es gibt auch in Russland viele Menschen, die gegen den Krieg demonstrieren und ihre Freiheit aufs Spiel setzen.

Stracke: Ich habe schon den Eindruck, dass Anfeindungen bewusst in die russische Propaganda aufgenommen werden. Darum muss man auch sehen, wer möglicherweise instrumentalisiert wird. Es ist wichtig, in Deutschland lebende Menschen aus Russland nicht pauschal an den Pranger zu stellen. Gleichzeitig erwarte ich mir von den Russlanddeutschen eine klare Haltung zum Ukraine-Krieg: Es ist Putin mit seiner Clique, die diesen verbrecherischen Krieg angezettelt haben.

Lassen wir zu viel russische Staatspropaganda in Deutschland zu?

Thomae: Richtig ist, dass sich hier noch sehr viele russischstämmige Menschen über russische Medien informieren. Das ist ein Teil des Informationskrieges, der zwischen Russland und der Europäischen Union tobt. Da muss man sich überlegen, wie man sich zur Wehr setzt. Wer eine extreme Meinung hat, muss Widerspruch ertragen. Denkbar wäre daher beispielsweise, dass deutsche Zeitungen auch in russischer Sprache erscheinen.

Stracke: Wir erkennen wieder mehr, wie wichtig wahre Informationen sind. Es ist eine Aufgabe von Medien und Gesellschaft, aktiv in diesen Diskurs zu gehen und beispielsweise Dinge nicht zu dulden, die manchmal auf Facebook verbreitet werden. Feinde der Demokratie brauchen ein Stoppsignal.

Schreckliche Kriegsverbrechen in der Ukraine erschüttern die Weltöffentlichkeit. Sind die Sanktionen des Westens gegen Russland noch angemessen?

Thomae: Unser Land hat sich abhängig gemacht von russischen Energieimporten. Das war ein Fehler. Wenn wir aus Russland keine Energie mehr bekommen, kann das bedeuten, dass ganze industrielle Prozesse zum Erliegen kommen und beispielsweise Arzneimittel nicht mehr produziert werden können. Die Lektion ist also: Wir müssen mit

Hochdruck daran arbeiten, uns unabhängig von russischer Energie zu machen. Doch das dauert. Kurzfristig sind jetzt Waffenlieferungen an die Ukraine meiner Meinung nach das A und O.

Stracke: Zunächst einmal: Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen. Deutschland muss nun sagen, was es an Waffen liefern kann. Ich erwarte hier von der Bundesregierung mehr Transparenz.

Sie beide würden also schwere Waffen liefern, Panzer und Waffensysteme, mit denen man nicht nur abwehrt, sondern auch angreift?

Stracke: Ich glaube, dieses Bedürfnis ist jetzt da. Aber die Abwägung ist nicht einfach, denn die Nato will ja zurecht nicht zur Kriegspartei werden.

Thomae: All das, was die Ukraine braucht, um sich jetzt zu wehren, sollten wir liefern.

Haben wir denn überhaupt noch Waffen, die wir dorthin schicken können?

Thomae: Deutschland ist nicht intensiv auf Panzerschlachten vorbereitet und auch das Personal der Bundeswehr wurde weit zurückgefahren. Das spüren wir jetzt. Aber ich glaube, dass wir noch Möglichkeiten haben. Wir müssen den Punkt erreichen, an dem unsere Unterstützung für die Ukraine maximal ist, ohne selbst Kriegspartei zu werden. Das ist jetzt die hohe Kunst.

„Man muss Putin sehr deutlich machen, wozu die Nato im Zweifelsfall in der Lage ist.“

Herr Stracke, Sie haben gesagt, dass Putin den Krieg nicht gewinnen dürfe. Wie sieht ein realistisches Szenario aus, das den Krieg beendet und Putin nicht als Sieger vom Feld gehen lässt?

Stracke: Ich glaube, man muss Putin sehr deutlich machen, wozu die Nato im Zweifelsfall in der Lage ist. Am besten wäre es, wenn er wieder an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Das gelingt nur, wenn die Ukraine mit Waffenlieferungen massiv unterstützt wird. Die Lehre aus dem aktuellen Konflikt ist jedenfalls, dass Europa in verteidigungspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht widerstandsfähiger werden muss.

Wir spüren alle die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Krieges: Bei den Strom- und Gaskosten, auch an der Tankstelle. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Verbraucher zu entlasten?

Thomae: Es wird für manche schmerzhaft sein, dass gewisse Dinge teurer werden. Aber die Ampelkoalition plant Entlastungen. Dazu gehört die Absenkung der Energiesteuer, damit Benzin um 30 Cent und Diesel um 14 Cent pro Liter billiger werden. Zudem halte ich auch

Steuererleichterungen mittel- bis langfristig für den richtigen Weg. **Stracke:** Wir haben ja auch unabhängig vom Ukraine-Krieg eine Inflation und jetzt eine Verschärfung dieser Lage durch die explodierenden Energiepreise. Mich hat schon verwundert, welche Ideen die Ampelkoalition hat, um die soziale Balance zu wahren: zum Beispiel ein hochbürokratisches Nahverkehrsticket. Wir brauchen schnell wirksame Entlastungen, das dauert alles zu lange. Natürlich sind Steuersenkungen das Mittel der Wahl. Verwundert hat mich, dass Rentnerinnen und Rentner nicht von der 300-Euro-Pauschale profitieren, die Arbeitnehmer als Entlastung erhalten.

Thomae: Sie bekommen aber zum 1. Juli eine Rentensteigerung.

Stracke: Das hat ja damit zu tun, dass die Rentenhöhe an die Entwicklung bei den Löhnen gekoppelt ist. Dies kann aber nicht die Begründung dafür sein, dass man die Rentnerinnen und Rentner bei steigenden Energiepreisen allein lässt.

Ein Inflationstreiber sind derzeit die Lebensmittelpreise. Bei einem Steuersatz von sieben Prozent gibt es aber nur wenig Entlastungsmöglichkeiten.

Stracke: Wenn jetzt die Ukraine als Kornkammer ausfällt, muss sich Europa fragen, wie es gelingt, mit unserer Landwirtschaft die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Darum muss sich auch Landwirtschaftspolitik ein Stück weit verändern. Bundesminister Özdemir ist hier viel zu zurückhaltend.

Thomae: Wir sollten uns auch überlegen, die Energiekosten beim Lebensmittel-Erzeuger zu dämpfen. Da kann es zum Beispiel um Agrardiesel gehen.

Wir machen uns nun auch abhängig von Energie aus Katar. Kürzlich haben wir noch darüber diskutiert, ob wegen der Menschenrechtsverletzungen in diesem Land überhaupt eine Fußball-WM stattfinden darf. Wie machen wir uns bei der Energie denn grundsätzlich unabhängig?

Thomae: Wir werden wohl nicht darum herumkommen, Rohstoffe aus Ländern zu beziehen, die unsere europäischen Werte nicht teilen. Eine Lösung aus diesem Dilemma könnten Erneuerbare Energien sein. Bei der Energiewende geht es nicht nur um die Erzeugung von Energie, sondern auch um Speicherung, Transportmöglichkeiten und Einsparung. Da müssen wir zulegen. Wasserstoff könnte zum Beispiel bei Speicherung und Transport eine wichtige Rolle spielen.

Stracke: Die Bundesregierung muss jetzt definieren, wann sie aus den russischen Gasimporten aussteigen will. Wir hatten ja noch als Große Koalition gesagt, dass wir weg



Stephan Thomae (53) lebt im Oberallgäu, ist Rechtsanwalt und sitzt in der dritten Legislaturperiode für die FDP im Bundestag. Dort ist er einer von vier Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktion.

Stephan Stracke (48) ist Jurist und sitzt seit dem Jahr 2009 für die CSU im Deutschen Bundestag. Er gehört dem Vorstand der Unionsfraktion an. Stephan Stracke lebt in Kaufbeuren und ist direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Ostallgäu.

Fotos: Martina Diemand

möchten von den fossilen Brennstoffen. Gas sahen wir als Brückentechnologie auf dem Weg zu den Erneuerbaren Energien. Wichtig ist jetzt, dass wir bei den Genehmigungsverfahren schneller werden.

Die 10 H-Regel, wonach der Abstand zur nächsten Wohnbebauung zehn Mal so groß sein muss wie die Höhe des Windrads, ist in Bayern ein Hemmschuh beim Ausbau der Windenergie. Wann fällt diese Regel?

Stracke: Baden-Württemberg hat diese Vorschrift nicht und hat dennoch weniger Windkraft-Anlagen als wir. Außerdem ist 10 H ja kein gottgegebenes Gesetz, da vor Ort davon abgewichen werden kann.

Lassen Sie uns das Thema wechseln und zu Corona kommen: Wird die Diskussion um die im Bundestag durchgefallene Impfpflicht wieder hochkochen?

Thomae: Wenn die Corona-Variante Omikron auch in Zukunft dominiert, kommt diese Debatte nicht mehr hoch. Dann erleben wir den Übergang von der Pandemie in die Endemie. Aber niemand weiß, was die Zukunft bringt. Ich bin übrigens der Meinung, dass wir beim Schutz der am meisten gefährdeten Gruppen weit gekommen sind. Die Impfquote bei den über 60-Jährigen lag vergangene Woche bei 88,9 Prozent. Wozu brauchen wir da noch eine Impfpflicht?

Wenn wir bei vulnerablen Gruppen keine Impfpflicht benötigen: Warum brauchen wir sie dann bei jenen, die diese Menschen pflegen?

Thomae: Es bleibt eine heikle Frage, wie man in Kliniken und Heimen verfährt. Die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner haben ja keine Alternative zum Aufenthalt in diesen Häusern und müssen darauf vertrauen, bestmöglich geschützt zu werden.

Stracke: Kanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer Corona-Politik. Sie hatten sich für eine Impfpflicht ausgesprochen und sind letztlich an der FDP gescheitert. Für den Fall, dass das Virus wieder gefährlicher wird, hatte die Union einen Vorsorge-Mechanismus mit einem Impfregeister vorgeschlagen. Damit weiß man, wer geimpft wurde. Dafür gab es keine Mehrheit. Diese Koalition hat es geschafft, dass wir auf den Herbst nicht vorbereitet sind.

Thomae: Wenn man bedenkt, wie lange der Aufbau zentraler Register in Deutschland dauert, dann ist es völlig unrealistisch, dass ein bundesweites Impfregeister im Laufe eines Sommers aufgebaut werden könnte.

Stracke: Du sagst zurecht, dass es lange dauert. Darum wäre ja jetzt der Zeitpunkt gewesen, um das anzugehen und nicht den Sommer verstreichen zu lassen. Ich möchte nicht erleben, dass wieder Patienten in andere Bundesländer ausgeflogen werden müssen.

Kommen wir noch zu Allgäuer Themen: Bleibt der vierspurige Ausbau der B12 zwischen Buchloe und Kempten im Bundesverkehrswegeplan? Da gab es ja zwischenzeitlich Zweifel.

Thomae: Ja, das Projekt bleibt im aktuellen Plan. Daran wird nicht gerüttelt.

Welche Bedeutung wird das Bahnfahren im Allgäu im nächsten Bundesverkehrswegeplan haben?

Thomae: Ich habe lange auf den Wasserstoffzug gesetzt, es wird ja auch eine Teststrecke zwischen Augsburg und Füssen kommen. Aber nachdem es nun heißt, dass 75 Prozent der Strecken elektrifiziert werden sollen, muss sich unser Augenmerk nun darauf richten.

Ist das eine Abkehr von der Wasserstoff-Initiative?

Thomae: Wenn es zu einer umfassenden Elektrifizierung innerhalb eines Jahrzehnts kommen würde, wäre das die bevorzugte Lösung. Wenn nicht, müssen wir wieder neu über den Wasserstoffzug diskutieren.

Wie wird über das Thema in der CSU gesprochen, Herr Stracke?

Stracke: Das Land Bayern muss jetzt deutlich machen, wie es sich die Zukunft fürs Allgäu vorstellt. Da sehe ich ebenfalls die Vollelektrifizierung als den richtigen Weg. Wenn das so nicht klappt, wäre auch eine Kombi-Lösung aus einer Teil-Elektrifizierung und Akku-Zügen denkbar.

Was ist das drängendste Problem, das wir derzeit im Allgäu haben?

Stracke: Zunächst einmal bin ich froh über die vorherige Aussage, dass die im bestehenden Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Projekte auch realisiert werden. Es wird künftig beispielsweise auch um Ortsumfahrungen in Mindelheim und im Ostallgäuer Pforzen gehen. Zudem gibt es Voruntersuchungen für einen weiteren Autobahn-Anschluss nahe des Allgäu Airports. Mit Stephan Thomae stehe ich im Austausch über diese Themen. Wir haben da keine Barrieren im Kopf, auch wenn der eine der Regierung und der andere der Opposition angehört.

Thomae: Neben dem Verkehr spielen vor allem Tourismus, Landwirtschaft, Mittelstand oder Digitalisierung eine wichtige Rolle.

Stracke: Die gegenwärtige Krise mit der Angst vor Versorgungsengpässen hat den Wert der Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung nochmals unterstrichen.

Interview: Uli Hagemeyer und Helmut Kustermann